

Anfragen zum Plenum in der 30. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit im Rahmen der Vergabe an Palantir Technologies berücksichtigt wurde, dass Europol zum Zeitpunkt der VeRA-Ausschreibung unzufrieden mit der Zusammenarbeit mit Palantir war und plante, diese zu beenden, wurden die Ausschreibung bzw. Vergabekriterien im Laufe des Vergabeverfahrens nachträglich verändert oder angepasst (bitte ausführen, was verändert wurde und weshalb) und inwieweit ist der Freistaat davon betroffen, dass Palantir zuletzt seine Preise für Sicherheitsbehörden um rund 30 Prozent erhöht hat (bitte mittelbare und unmittelbare Auswirkungen angeben und bewerten)?

Horst Arnold
(SPD)

Laut Pressemeldung der Staatsregierung wurden letzte Woche 15 afghanische Personen als schwere Straftäter nach Afghanistan abgeschoben, daher frage ich die Staatsregierung, welche jeweiligen Delikte liegen jeweils diesen Personen in welchem Stadium (Ermittlungsverfahren, rechtskräftige Urteile) zu Last?

Oskar Atzinger
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob Beamte in Bayern bei der Kommunalwahl für die AfD kandidieren dürfen, ohne dienstrechtliche Konsequenzen erwarten zu müssen?

Jörg Baumann
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Überführungen von verstorbenen Asylbewerbern in Begleitung von Angehörigen (bitte deren Anzahl nennen) im Jahr 2023 in deren Herkunftsländer durchgeführt wurden, wie lange sich die Angehörigen in den jeweiligen Herkunftsländern jeweils aufhielten und wie hoch waren die Kosten hierfür sowie die tatsächlichen oder geschätzten Kosten in den Jahren 2024 und 2025?

Nicole Bäuml
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge zur Förderung für den Sportstättenbau in Bayern ist, wie viele Anträge in den vergangenen zwei Jahren eingegangen sind und was ist der aktuelle Sachstand beim Antrag des SV Wenzelbach zur Förderung des Projekts Kunstrasen und Tennisplätze?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Planungsstand zum viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke München – Freising –

GRÜNEN)

Landshut ist (bitte auch auf mögliche Ausbauabschnitte eingehen), liegen aktuelle Kostenschätzungen für die möglichen Ausbauabschnitte Freising – Neufahrn und Neufahrn – Moosach vor und wie sieht der aktuelle Zeitplan, z. B. bezüglich der Erstellung einer Machbarkeitsstudie und der Verhandlungen mit dem Bund, aus?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen sie die Antragsfrist für die Erteilung der Wahlscheine für die Kommunalwahlen drastisch von 41 auf 20 Tage vor dem Wahltag verkürzt hat (Änderung in § 24 Abs. 1 Satz 1 Gemeinde- und Landkreiswahlordnung), wie aus Sicht der Staatsregierung die Einwohnermeldeämter und die mit dem Versand der Briefwahlunterlagen betrauten Stellen bzw. Personen das zu erwartende, eventuell steigende Briefwahlaufkommen bewältigen können und inwiefern die Kommunen in Bayern zur Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs der Kommunalwahlen 2026, insbesondere der Briefwahl, Unterstützung durch die Staatsregierung brauchen und erhalten werden?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen ihr zu einer Rechtsrock-Veranstaltung am 07.06.2025 im Clubhaus der Skinhead-Gruppierung „Voice of Anger“ vorliegen, wie sie die Teilnahme einer einschlägigen Band aus Chile und ein Banner mit dem Motto einer Konzertreihe („Angry, live and loud“)¹ hinsichtlich der Annahme einer privaten Geburtstagsfeier, die nicht unter die erlassene Allgemeinverfügung der Stadt Memmingen falle, bewertet und ob ihr die polizeiliche Beurteilung, die Veranstaltung habe „keine Außenwirkung“ entfaltet, geeignet scheint, den szenepublischen Charakter von Rechtsrock-Konzerten zu erfassen?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele staatliche Liegenschaften (inklusive Parkplätzen bzw. Immobilien mit staatlicher Beteiligung) es in der Gemeinde Oberschleißheim gibt, auf wie vielen davon es Photovoltaikanlagen gibt (bitte mit installierter Fläche und Gebäudetyp nach Liegenschaften angeben) und warum sind die übrigen Dachflächen noch nicht mit einer solchen Anlage ausgestattet?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche juristischen Schritte gegen den Betreiber des im Jahr 2005 mit Fördermitteln des Freistaates in Höhe von 2,2 Mio. Euro errichteten Studentenwohnheims am Casteller Platz in Gerbrunn bei Würzburg die Staatsregierung inzwischen eingeleitet hat, sind die Erkenntnisse, die ausschlaggebend zur Einleitung juristischer Schritte führten, aufgrund eigener, standardisierter Prüfungsverfahren gewonnen worden (z. B. regelmäßige Kontrollen) und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung nach den aus diesem Vorgang erlangten Erkenntnissen bei zukünftigen Fällen ergreifen?

Maximilian Deisenhofer

In Anlehnung an die Schriftliche Anfrage vom 09.05.2025 mit

¹ siehe: <https://www.endstation-rechts.de/news/neonazis-deklarieren-konzert-als-geburtstag-polizei-laesst-sie-gewaehren>

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/7524 sowie an die Schriftliche Anfrage vom 31.03.2025 mit Drs. 19/6466 frage ich die Staatsregierung, woher die Abweichung der in Drs. 19/6466 genannten sechs Baugebiete, die schwabenweit in den vergangenen fünf Jahren in Überschwemmungsgebieten bewilligt wurden, rührt (Stand: 02.06.2025), gegenüber den in Drs. 19/7524 genannten 41 (Stand: 10.07.2025), inwiefern Auflagen im Genehmigungsverfahren die Auszahlung von Soforthilfen in Zusammenhang mit Hochwasserschäden beeinträchtigt oder verhindert haben (z. B. beim Hochwasser 2024) und ist die Staatsregierung bei künftigen Hochwasserschäden bereit, auch Betroffene zu entschädigen oder zu unterstützen, die wissentlich Baumaßnahmen in Überschwemmungsgebieten vorgenommen haben?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich in den vergangenen zehn Jahren die Budgets für Information und Werbung der Staatsregierung entwickelt haben (bitte Höhe der jährlichen Gesamtausgaben angeben), wie sich die in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 ausgegebenen Mittel der Staatsregierung für Werbung bzw. Information auf Social Media, Chat-Kanäle / WhatsApp Business, Printmedien, Lokal-TV, Radio und Lokalradio verteilen und nach welchen Kriterien erfolgt die jeweilige Buchung (bitte jeweils unter Angabe der jährlichen Beträge nach Kanal aufgeschlüsselt)?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche neuen Erkenntnisse sie zum im Mai 2025 begangenen mutmaßlichen Brandanschlag auf die Inspektion der Reiterstaffel in München, strukturellen Zusammenhängen dieser Tat mit organisiertem Linksextremismus im Allgemeinen und weiteren Straftaten aus dem linksextremen Spektrum in den letzten zwei Monaten hat?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele sogenannte Flüchtlinge mit Stichtag 01.07.2025 im Bezirk Niederbayern leben (bitte nach Landkreis aufschlüsseln), wie viele Asylanträge zwischen 01.01.2025 und 01.07.2025 im Bezirk Niederbayern gestellt sind und wie viele dieser gestellten Asylanträge sind bis zum Stichtag 01.07.2025 bearbeitet worden (bitte nach Ergebnis der Prüfung sowie ggf. Schutzstatus aufschlüsseln)?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen nach Kenntnis der Staatsregierung zum 31.12.2026 das Abozentrum der DB-Vertrieb in Landshut geschlossen wird, welche anderen Beschäftigungsmöglichkeiten die zwölf Mitarbeitenden, die aktuell dort arbeiten, erhalten und wohin werden diese Aufgaben verlagert (bitte mit Nennung des Standorts, der Anzahl der Mitarbeiter dort und der Kostenersparnis im Vergleich zum Standort in Landshut)?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da in der Stellungnahme der Staatsregierung vom 16.06.2025 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Cemal Bozoğlu, Johannes Becher, Claudia Köhler, Andreas Birzele, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Sanne Kurz, Florian Siekmann vom 12.03.2025 betreffend „Rechtsextremismus in Oberbayern“

(Drs. 19/7129) im Jahr 2024 für die Stadt Eichstätt lediglich drei Straftaten im Bereich Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) -rechts- erfasst wurden, frage ich, welchem PMK-Bereich der Verdacht der Volksverhetzung und die mögliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen zugeordnet wurden, die bei einem Demonstrationzug am 26.01.2024 in Eichstätt festgestellt wurden², ob bei drei Strafverfahren wegen Körperverletzung, die am 26.05.2024 eingeleitet wurden³, eine politische Motivation gesehen wird und welche Informationen zu einem Vorfall am 04.02.2024 vorliegen, an dem drei Jugendliche im Zug zwischen Eichstätt Bahnhof und Eichstätt Stadt ausländerfeindliche und den Nationalsozialismus verherrlichenden Parolen riefen?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie die wirtschaftliche Lage der Altkleidersammler derzeit in Bayern ist, was sie unternimmt, um die Branche, die teils unter massivem wirtschaftlichem Druck steht, kurzfristig zu unterstützen und welche Maßnahmen sind geplant, um langfristig in Bayern eine funktionierende Sammel-, Sortier- und Recycling-Infrastruktur für Altkleider aufzubauen?

Richard Graupner
(AfD)

Angesichts der unzureichenden Beantwortung meiner Anfrage zum Plenum am 02.07.2025 zu den Wohnraumdurchsuchungen bei Aktivisten der „Identitären Bewegung“, in der weder die Notwendigkeit zusätzlicher Beweismittel über die im Internet verfügbaren Foto- und Videodokumente hinaus spezifisch begründet noch das gewaltsame Vorgehen der Polizei, insbesondere die Zerstörung einer Eingangstür, im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit konkret gerechtfertigt wurde, sondern lediglich allgemeine Verweise auf rechtliche Grundsätze und Geheimhaltung erfolgten (s. Antwort der Staatsregierung vom 03.07.2025), frage ich die Staatsregierung erneut, welche konkreten Beweismittel über die genannten öffentlich zugänglichen Dokumente, welche die Teilnahme der Tatverdächtigen an besagter Veranstaltung in Mailand zweifelsfrei belegen, hinaus mit den Hausdurchsuchungen sichergestellt werden sollten und wie konkret das gewaltsame Eindringen der Polizei in mindestens eine Wohnung eines Tatverdächtigen unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit gerechtfertigt ist?

Sabine Gross
(SPD)

Anlässlich der kürzlich erfolgten Grundsteinlegung im Alexisquartier in München-Neuperlach frage ich die Staatsregierung, wann der Förderantrag für die im Rahmen der Einkommensorientierten Förderung (EOF) realisierten Wohnungen eingegangen ist, wann er bewilligt wurde und wie sich die Gesamtinvestition in das Wohnungsbauprojekt Alexisquartier zusammensetzt?

Volkmar Halbleib
(SPD)

In Anbetracht des Ziels der Staatsregierung, durch den Wegfall von Berichtspflichten Bürokratie abzubauen, frage ich die Staatsregierung, welche Berichte davon mit welcher genauen Begrün-

² <https://www.donaukurier.de/lokales/landkreis-eichstaett/polizei-ermittelt-zu-vorfaellen-bei-eichstaetter-bauern-demo-15321569>

³ <https://www.donaukurier.de/lokales/landkreis-eichstaett/streit-in-eichstaetter-bar-eskaliert-fuenf-verletzte-bei-schlaegerei-16127259>

derung betroffen sein werden, deutlich reduziert oder verändert werden sollen (bitte auch den Zeitpunkt angeben) und auf welche Weise die Staatsregierung die Bevölkerung und den Landtag künftig über die Inhalte der bisherigen Berichte detailliert informieren will?

Daniel Halemba
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Presse öfter vor dem Landtag über so weitreichende Infrastruktur-Entscheidungen wie den Stopp des Ausbaus der Bahnstrecke Donauwörth – Augsburg informiert wird, warum werden die Landtagsabgeordneten darüber nicht zeitgleich informiert und wie gedenkt die Staatsregierung, künftig eine bessere und transparentere Kommunikation sicherzustellen?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen die Träger der Freiwilligendienste – wie in der Antwort des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 21.05.2025 angekündigt – inzwischen zur Umsetzung der Strukturförderung erhalten haben, nachdem die Bundesmittel für die Freiwilligendienste durch das Kabinett im März 2025 gegenüber 2024 um knapp 12 Prozent und damit insgesamt um rund 40 Mio. Euro gekürzt wurden, strebt die Staatsregierung an, diese Kürzungen auszugleichen, und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung die viel zu geringe Anzahl an jungen Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten werden, abzufedern, wenn sie beispielsweise zusätzliche Optionen wie z. B. eine Kooperation mit den Hochschulen mit Anreizen für Studierende als nicht zielführend ansieht, obgleich dies an einzelnen Universitäten sowohl in Deutschland als auch in Österreich bereits gemacht wird, indem es Credit Points für den freiwilligen Einsatz bei Feuerwehr, Rettungsdienst oder freiwillige soziale Arbeit in Frauenhäusern, Obdachlosenhilfe, für geflüchtete Menschen oder Menschen mit Behinderung gibt?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand des Insolvenzverfahrens der zur Signa-Gruppe von René Benko gehörenden Projektgesellschaft der Alten Akademie München ist, sind Pressemeldungen (u. a. www.sueddeutsche.de am 06.05.2025) korrekt, die berichten, dass die Staatsregierung plant, die Alte Akademie in München zu verkaufen, und wenn ja, für welchen Zeitraum ist eine eventuelle Ausschreibung vorgesehen?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der Anteil (in Prozent) der Windvorranggebiete in Bayern, in denen die durchschnittliche Windhöflichkeit in 160m Höhe unter 5,5m/s liegt, ist, wie viel Geld haben Windkraftanlagen in Bayern im Jahr 2024 insgesamt als Aufschlag auf die EEG-Vergütung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) aufgrund eines Gütefaktors unter 60 Prozent im Rahmen des EEG-Korrekturfaktors erhalten und wie hoch ist der Anteil (in Prozent) der gesamten Waldfläche der Windvorranggebiete in Bayern (falls möglich, darunter auch der Anteil der Staatsforsten)?

Sanne Kurz

Vor dem Hintergrund der seit 02.07.2025 öffentlichen Verwal-

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

tungsvorschrift „Grundordnung für die Staatliche Museumsagentur Bayern (Museumsagentur)“ frage ich die Staatsregierung zu Nr. 3.2 der Vorschrift, in der mit den Unterpunkten Nr. 3.2 Buchst. a bis d sowie f zwar auf Kulturgutverluste und Provenienzen mit Bezug zu NS-Raubgut eingegangen wird, aber weder in Buchst. e (Übernahme der Tiefenrecherche für Objekte, für die eine Restitutionsforderung besteht), Buchst. g (Publikation wissenschaftlicher Forschungsergebnisse) sowie Buchst. h (Kooperation mit nationalen und internationalen mit Provenienzforschung befassten Forschungsverbünden und Koordinierungsstellen) noch an anderer Stelle der Verwaltungsvorschrift auf Kulturgutverluste in kolonialen Kontexten, mit SBZ-/DDR-Bezug oder sonstige Kulturgutverluste und Provenienzen eingegangen wird, welche Stelle kümmert sich ab Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift um die Festlegung verbindlicher Standards für die Inventarisierung und Digitalisierung des Sammlungsgutes sowie für die Recherche auf Verdachtsmomente hinsichtlich eines Kulturgutentzugs durch die Museen und Sammlungen, die Beratung der Museen und Sammlungen bei der Durchführung aller Provenienz-Erstchecks und aller damit in Zusammenhang stehenden Aufgaben, die zentrale Meldung der im Ergebnis der Provenienz-Erstchecks identifizierten Objekte, deren Provenienz in Bezug auf koloniale Kontexte, mit SBZ- bzw. DDR-Bezug und/oder sonstige Kontexte des illegitimen Kulturgutentzugs höchstwahrscheinlich oder eindeutig belastet ist oder bedenklich ist, da Hinweise auf einen Zusammenhang mit unrechtmäßigem oder problematischem Entzug vorliegen, die Übernahme der Tiefenrecherche für die im Ergebnis der Provenienz-Erstchecks als höchstwahrscheinlich oder eindeutig belastet oder bedenklich eingestuften Objekte sowie ggf. anschließender Erbensuche sowie die fachliche Begleitung von Restitutionsverfahren und Begleitung von Personen oder Gemeinschaften mit Restitutionsansprüchen, welche finanziellen und personellen Ressourcen werden den hier oben erfragten Stellen / der oben erfragten Stelle hierfür zur Verfügung gestellt (bitte Mittel Angaben pro Haushaltsjahr und Personal-Ressourcen in VZÄ mit Einstufung angeben) und welche finanziellen und personellen Ressourcen sind für die mit der Verwaltungsvorschrift beschriebene neue Verwaltungsebene („Museumsagentur“) zur Verfügung gestellt worden bzw. im Haushaltsentwurf eingestellt, damit die neue Verwaltungsebene die unter 3.2 aufgezählten Aufgaben erfüllen kann (bitte mit Angabe der Finanzmittel pro Haushaltsjahr für die neue Verwaltungsebene gesamt sowie für die mit 3.2 befasste Abteilung, bitte mit Angaben von Personal in VZÄ für die neue Verwaltungsebene gesamt und Angabe der mit 3.2 befassten Stellen)?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der angekündigten Planungsunterbrechung beim Ausbau der Bahnstrecke zwischen Donauwörth und Augsburg frage ich die Staatsregierung, seit wann ihr die Entscheidung bekannt ist, welche kurzfristigen Maßnahmen sie zur Entlastung der stark belasteten zweigleisigen Strecke ergreift und wie sie langfristig

sicherstellen will, dass die Region nicht über Jahre hinweg vom dringend notwendigen Infrastrukturausbau abgehängt wird?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele kommunale Theater in Bayern insgesamt wurden zwischen 2010 und 2024 mit finanzieller Beteiligung des Freistaates saniert, wie hoch war die durchschnittliche finanzielle Beteiligung des Bundes und des Freistaates jeweils an den Sanierungskosten dieser kommunalen Theater in Bayern im Zeitraum 2010 bis 2024 und wie viel Geld hat der Freistaat insgesamt im Zeitraum 2010 bis 2024 für die Sanierung kommunaler Theater in Bayern aufgewendet?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen ihr über die Auswirkungen des Ausschreibungsstopps der Autobahn GmbH des Bundes auf geplante Baumaßnahmen in Bayern bekannt sind (bitte im einzelnen angeben), welche Brücken und Streckenabschnitte mit akutem Sanierungsbedarf bzw. sicherheitsrelevanten Mängeln nun erst später saniert werden können (bitte auch die Brücken und Abschnitte angeben, die voraussichtlich durch die Bauverzögerungen heuer und nächstes Jahr in eine höhere Gefahrenstufe wechseln werden) und wie setzt sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür ein, das zur Sicherung der Infrastruktur geplante Sondervermögen möglichst bald zweckgebunden freizugeben?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der Anteil von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit unter den derzeitigen Beziehern von Sozialwohnungen jeweils im Stadtgebiet Memmingen und im Landkreis Unterallgäu ist, wie hoch der Anteil ausländischer Staatsangehöriger auf den dortigen Wartelisten ist und wie wird sichergestellt, dass langjährige ortsansässige Bürger bei der Wohnungsvergabe nicht benachteiligt werden?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob bei der geplanten Sanierung der Kläranlage Gundelfingen nach Kenntnis der Staatsregierung im Hinblick auf die finanzielle Belastung der Bürger ein Härtefall im Sinne der RZWas 2025 (RZWas = Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben) vorliegt, ob die Gemeinde bereits eine entsprechende Förderung beantragt hat und wie stellt sich die finanzielle Pro-Kopf-Belastung der Bürger Gundelfingens gegenüber vergleichbaren Bauvorhaben in anderen Kommunen dar (bitte tabellarisch Belastungen der Bürger im Vergleich zu anderen Gemeinden aufführen)?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Gesamtsumme der bislang zurückgeforderten bzw. noch zurückzufordernden Corona-Soforthilfen des Freistaates, die an Antragsteller (evtl. fälschlicherweise) ausgezahlt wurden, welche in ihrem Antrag ausdrücklich Personalkosten als Teil des geltend gemachten Liquiditätsengpasses angegeben hatten, ist, wie viele Antragsteller waren bzw. sind in Bayern von Rückforderungen der Corona-Soforthilfe insgesamt betroffen, weil sie in ihrem Antrag Personalkosten als Begründung für einen Liquiditätsengpass angegeben

hatten und diese Corona-Soforthilfen (evtl. fälschlicherweise) ausgezahlt wurden, und wie lautet der Originaltext der maßgeblichen Förderrichtlinie zur bayerischen Corona-Soforthilfe in ihrer veröffentlichten Erstfassung, in der die Förderkriterien verbindlich geregelt waren?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Kapazität des derzeit stattfindenden Schienenersatzverkehrs (Bus RE 25) zwischen Regensburg und der Landesgartenschau in Furth im Wald ermittelt wurde, weshalb der Bahnhof Furth im Wald nicht mit angefahren wird und wie wird der SEV in dieser Relation beworben?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinderbetreuungseinrichtungen im Schuljahr 2024/2025 in Bayern bis zum 30.04.2025 am EU-Schulprogramm teilgenommen haben (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden sowie nach Art der Einrichtung angeben), ist diese Anzahl auch die maximale Anzahl an Einrichtungen, die im kommenden Schuljahr 2025/2026 teilnahmeberechtigt ist, und in welcher Form wurden alle Kinderbetreuungseinrichtungen in Bayern über die neuen Anmeldemodalitäten informiert (bitte mit Nennung des Zeitraums und dem Informationsweg)?

Benjamin Nolte
(AfD)

Die Gespräche zur Markterkundung wegen des geplanten Baus des Konzerthauses in München sollten abgeschlossen sein, sodass ich die Staatsregierung frage, was das Ergebnis dieser Gespräche (Kostenschätzungen, Bauzeit, Planungsphase etc.) ist, und da der Bayerische Rundfunk (BR) in der Vergangenheit eine Kostenbeteiligung i. H. v. 65 Mio. Euro bei einem Gesamtvolumen von 380 Mio. Euro (18 Prozent) zugesagt hatte, in welcher Höhe wird der BR den Beitrag aufstocken bei der inzwischen ventilerten Summe von 500 Mio. Euro (sollten aufgrund der abgeschlossen Gespräche tatsächlich Zahlen vorliegen, wird um diese gebeten) und in welcher Gestalt bestehen zwischen dem Erbbaurechtsgeber und dem Erbbaurechtsnehmer mögliche Konventionalstrafen (bitte um Angabe der Verstöße, Strafen)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es stimmt, dass im Rahmen des geplanten 4. Modernisierungsgesetzes der Gleichstellungsbericht abgeschafft werden soll, welche Einsparungen sich die Staatsregierung von der Abschaffung in welcher Höhe verspricht und auf welcher Datenbasis sonst das Erreichen der Gleichstellungsziele gewährleistet werden soll?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung von Steuerbetrug durch Influencerinnen und Influencer ein eigenes „Influencer-Team“ eingerichtet hat (siehe dazu u. a. den Pressebericht „Behörde schlägt Alarm: Allein in einem Bundesland fehlen 300 Millionen wegen Influencern“ auf merkur.de vom 16.07.2025), frage ich die Staatsregierung, wie viele Verfahren zur steuerlichen Überprüfung professioneller Influencerinnen und Influencer in Bayern in den vergangenen fünf Jahren eingeleitet wurden (bitte pro Jahr angeben), wie hoch die in diesem Zeitraum

festgestellten und nachgeforderten Steuern sind (bitte pro Jahr angeben) und wie viele gesonderte Auskunftersuchen an Social-Media-Plattformen zur Ermittlung von steuerpflichtigen Influencerinnen- und Influencer-Einkünften wurden in Bayern in den vergangenen fünf Jahren gestellt (bitte ebenfalls pro Jahr angeben)?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bei wie vielen Bewerbungsgesprächen im öffentlichen Dienst Gleichstellungsbeauftragte mit eingebunden sind (bitte aufgeschlüsselt nach Staatsministerien)?

Anna Rasehorn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen Gemeinden (bitte aufgelistet nach Bezirken angeben) Anfechtungsschreiben über Kostenbeteiligungen der Gemeinden am staatlichen Hochwasserschutz für Gewässer 1. und 2. Ordnung über das zuständige Wasserwirtschaftsamt eingegangen sind, wie hoch die Beteiligung (in Prozent) der Gemeinden an den Planungs- und/oder Durchführungskosten jeweils waren und wie hoch die jeweilige Summe der geleisteten Zahlungen der Gemeinden am staatlichen Hochwasserschutz waren?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange Verfahren an bayerischen Familiengerichten derzeit im Schnitt dauern, wie häufig es zu einem Wechsel der zuständigen Familienrichterinnen und Familiengerichter während eines laufenden Verfahrens kommt und wie viele Fälle bearbeitet eine Familienrichterin / ein Familiengerichter im Durchschnitt gleichzeitig (bitte für jede Frage Gegenüberstellung der Zahlen für das Familiengericht Ebersberg und Familiengericht in Bayern allgemein)?

Elena Roon
(AfD)

Nach öffentlichen Äußerungen des Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen, Peter Weiß, könnten die Sozialbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber niedriger sein, würden versicherungsfremde Leistungen nicht aus den Beitragsmitteln der Sozialversicherungen, sondern aus Steuermitteln finanziert werden, weshalb ich die Staatsregierung frage, welche Informationen sie bezüglich versicherungsfremder Leistungen auf die Sozialversicherungen in Bayern hat, wie sie die Auswirkungen dieser versicherungsfremden Leistungen auf die Beitragsbelastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Freistaat bewertet und sieht die Staatsregierung Handlungsbedarf, sich auf Bundesebene für eine vollständige Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln oder für eine Grundgesetzänderung zur Stärkung der Eigenständigkeit der Sozialversicherungen einzusetzen?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Betrag sich die Schulden der Kommunen im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim und Landkreis Fürth zum 31.12.2024 belaufen (bitte aufgegliedert nach Landkreisen und den einzelnen Kommunen angeben)?

Franz Schmid
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie vor dem Hintergrund von derzeit/kurz vor den Sommerferien 39 000 unbesetzten Ausbildungsplätzen über detaillierte Informationen verfügt, in welchen

Berufsfeldern und Bezirken diese unbesetzten Ausbildungsplätze zu finden sind und ferner welche Jugendlichen mit welchen Schulabschlüssen Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu finden?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche die ranghöchste Stelle im Staatsministerium der Justiz (StMJ) ist, die von dem Schreiben an die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter, in welchem diese aufgefordert wird, ihre Besuche in bayerischen Justizvollzugsanstalten (JVA) künftig anzumelden, Kenntnis erhalten hat und/oder dieses genehmigt hat, welche jeweils die ranghöchste Stelle im StMJ ist, die von relevanten Beschwerden über die Zustände in der JVA Gablingen Kenntnis erlangt hat und/oder entschieden hat, diese nicht an den Staatsminister und/oder die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten

(bitte unter anderem zu folgenden Beschwerden:

- 25.05.2023: Beschwerde von Eltern über die bgH-Unterbringung (bgH = besonders gesicherter Haftraum) ihres Sohnes (mindestens eine Woche ohne Kleidung und ausreichend Nahrung)
 - 18.10.2023: Beschwerde der früheren Anstaltsärztin über Zustände in den bgH
 - 23.10.2023: Beschwerde von 31 Häftlingen über bgH-Unterbringungen als Disziplinarmaßnahme
 - 09. und 14.11. sowie 29.12.2023: Beschwerde eines Häftlings über bgH-Unterbringung (mindestens eine Woche ohne Kleidung und ausreichend Nahrung)
 - 2023: Beschwerde wegen Androhung von bgH-Unterbringung als Disziplinarmaßnahme
 - 2023: Beschwerde von Rechtsanwältin, weil sie ihren Mandanten nicht im bgH besuchen durfte
 - 2023: ehemaliger Gefangener berichtet von Prügelattacke durch Sicherheitsgruppe und anschließender bgH-Unterbringung
 - 2023: Gefangener berichtet, dass ein Bediensteter bewusst einen anderen Gefangenen auf ihn gehetzt habe; auch Bedienstete hätten ihn angegriffen)
- und welche Vermerke hat es jeweils auf dem internen Entwurf des Schreibens an die Nationale Stelle und zu den Beschwerden gegeben?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer von 1940 bis jetzt Wasserkraftnutzungsrechte am Lech zwischen Lechstaustufe 23 am Mandichosee und Hochablass besessen hatte, an welche Bedingungen und Befristungen waren diese Rechte jeweils geknüpft und aus welchen Gründen können diese Rechte wieder vom Staat zurückgeholt werden?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte bayernweit zum Ende des Schuljahres 2024/2025 in Pension gehen (Angaben bitte prozentual und aufgeschlüsselt nach Schularten), wie viele Referendarinnen und Referendare ihr Zweites Staatsexamen im Frühjahr 2025 abgeschlossen haben (Angaben bitte prozentual

	und aufgeschlüsselt nach Schularten) und wie viele Bewerberinnen und Bewerber von der Warteliste sowie freie Bewerberinnen und Bewerber haben sich für das Schuljahr 2025/2026 beworben (Angaben bitte prozentual und aufgeschlüsselt nach Schularten)?
Florian Siekmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten gegen welche Parteien bzw. deren Politiker wurden im Jahr 2024 und 2025 bisher jeweils in Bayern begangen und wie viele davon im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2025?
Ulrich Singer (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Gründe zu der Entscheidung führten, den Ausbau der Bahnstrecke Nürnberg – Augsburg auf unbestimmte Zeit zu verschieben, wie sich die Zugausfälle, Verspätungen, Umleitungen auf dieser Strecke in den letzten drei Jahren entwickelt haben und was plant die Staatsregierung, um die Bahninfrastruktur im ländlichen Raum zukünftig zu stärken?
Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vor dem Hintergrund von rückläufigen Schülerzahlen an den beruflichen Schulen in Oberfranken – insbesondere im Metallbereich, bei kaufmännischen und Nahrungsberufen – und der damit einhergehenden Sorge über eine bevorstehende Verdichtung der Sprengel sowie eine mögliche strukturelle Veränderung der Berufsschullandschaft, insbesondere im Landkreis Kronach, frage ich die Staatsregierung, ob eine Verdichtung der Sprengelstruktur beruflicher Schulen in Oberfranken geplant ist, wenn ja, welche Standorte konkret betroffen sind und welche Auswirkungen wären im Fall einer Verdichtung auf den geplanten Neubau der Berufsschule Kronach zu erwarten, insbesondere in Bezug auf Umfang, Ausstattung und langfristige Nutzung?
Martin Stümpfig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis das Forschungsvorhaben „Indikatorensystem zur Evaluierung der Maßnahmen des Bayerischen Klimaschutzprogramms“, welches von der Staatsregierung im Klimabericht 2023 angekündigt und an das Zentrum für Klimaresilienz der Universität Augsburg vergeben wurde, führte, wie wird die Staatsregierung ihr Klimaschutzprogramm aufgrund der Ergebnisse fortentwickeln und aus welchen Gründen hat die Staatsregierung das Forschungsvorhaben im Mai 2025 vorzeitig und einseitig abgebrochen?
Arif Taşdelen (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sie den aktuellen Sanierungsstau bei den staatlichen Liegenschaften im Stadtgebiet Nürnberg (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Ressorts, z. B. Justiz, Innen, Finanzen, Wissenschaft angeben) beziffert, welche drei vom Sanierungsstau betroffenen Objekte weisen die höchsten Sanierungskosten auf und bis wann will sie die dringenden Sanierungsmaßnahmen umsetzen?
Gabriele Triebel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Unter die Prüfungszuständigkeit des Prüfungsgebietes X des Obersten Rechnungshofes (ORH) fällt auch die im Ressort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus verordnete Erinnerungskultur und damit die Stiftung Bayerische Gedenkstätten, daher frage ich die Staatsregierung, welche Prüfergebnisse des

ORH dem oben genannten zuständigen Staatsministerium zur Kenntnis gebracht wurden, welche Konsequenzen nach Ansicht der Staatsregierung aus den Prüfergebnissen folgen müssen und warum die Staatsregierung es als nicht notwendig erachtet, die Prüfergebnisse dem fachlich zuständigen ständigen Ausschuss des Landtags vorzustellen, gegebenenfalls in nichtöffentlicher Sitzung?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem Berichten zufolge eine ambulante Einrichtung ihren Dienst einstellen wird, frage ich die Staatsregierung wie die medizinische Versorgung von ungewollt Schwangeren in Bayern, speziell in Ostbayern, sichergestellt werden kann, wie die Staatsregierung die aktuelle Versorgungssituation in Bezug auf medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche in Ostbayern einschätzt und welche Maßnahmen plant sie, um die Versorgung von ungewollt Schwangeren sowohl stationär wie ambulant zu stärken?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da in Bayern in mehreren Gewässern Verzehrempfehlungen oder -warnungen für Fische aufgrund von überschrittenen PFAS-Grenzwerten (PFAS = Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) ausgesprochen wurden – zuletzt fand dies im Landkreis Freising in der Goldach statt –, frage ich die Staatsregierung, wo es darüber hinaus schon Verzehrbeschränkungen von Fischen wegen PFAS in Bayern gegeben hat (bitte auch Zeitpunkt angeben), wie hoch die Belastung war (bitte aufgeschlüsselt in Jahr und Ort) und wie sind die aktuellen Daten von 2025 des PFAS-Berichts des Staatsministeriums (bitte auch auf Maßnahmen eingehen, die angedacht sind, um der PFAS-Belastung in Flüssen entgegenzuwirken)?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunen im Jahr 2025 bereits eine Auszahlung aus den Richtlinien für Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Vorhaben (RZWas 2025) erhalten haben, wie viele Kommunen aktuell noch auf eine Auszahlung warten und um wie viel Geld übersteigen die bewilligten Zuwendungsbescheide die 165 Mio. Euro im Einzelplan 13 im Finanzausgleich bzw. 4,5 Mio. Euro im Einzelplan 12 des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, die im Haushalt 2025 für die Zuwendungen bereitgestellt wurden?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gemeinden in Bayern hinsichtlich des Silvesterfeuerwerks oder anderer Feuerwerksgelegenheiten entgegen der ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) eigenständige Satzungen erlassen haben, in welchen Gemeinden Bürgermeister per Anweisung eigenmächtig Regelungen getroffen haben und durch welche Kreisverwaltungsbehörden wurden gesonderte Regelungen getroffen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches weitere Vorgehen sie bezüglich der Reform der Lehrkräftebildung plant, nachdem das Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert: Attraktivität und Qualität durch Professionsbezug und Wissenschaftsorientierung“ der Expertinnen- und Expertenkommission zur Weiter-

entwicklung der Lehrkräftebildung in Bayern veröffentlicht ist und darin klare nächste Schritte zur Beteiligung aller an der Lehrkräftebildung beteiligen Akteurinnen und Akteure skizziert sind (bitte avisierten Zeitplan usw. benennen), welche Akteurinnen und Akteure werden im folgenden Prozess der Weiterentwicklung einbezogen (bitte insbesondere auf die wissenschaftlichen Einrichtungen und Lehrende in der Lehrkräftebildung eingehen) und wie wird die empfohlene engere Verzahnung von Studium, Referendariat und Fortbildung konkret verbessert, nicht zuletzt um die Attraktivität des Lehrkräfteberufs sicherzustellen?